WINFRIED SCHULZE

ZWISCHEN ABENDLAND UND WESTEUROPA

Die Gründung des Instituts für Europäische Geschichte in Mainz im Jahre 1950

Wenn wir über die Neugründung des Mainzer Instituts für Europäische Geschichte im Jahre 1950 im Kontext der »Rückkehr der deutschen Historiker in die Ökumene der Historiker« sprechen, dann berühren wir zwei ganz unterschiedliche Komplexe der Geschichte der Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945. Zum einen ist damit der teilweise mühevollen Prozeß der Wiedenzulassung der deutschen Historiker in das Comité international des sciences historiques (CISH) angesprochen, wie es sich etwa in den komplizierten Zulassungsdiskussionen zum Internationalen Kongreß in Paris 1950 erwies, zum anderen ist dabei die nicht weniger komplizierte Vorgeschichte der Mainzer Institutsgründung zu berücksichtigen, die ich aus Anlaß des vierzigjährigen Jubiläums schon einmal zusammengefaßt habe. Da inzwischen – soweit ich sehe – kein wesentlich neuerer Forschungsstand auf diesem Gebiet erreicht worden ist, muß ich auf den Ergebnissen meines Buches von 1989 und der gemeinsam mit Corine Defrance verfaßten Publikation von 1992 aufbauen, in denen ich zum ersten Mal den Gesamtzusammenhang der Neuordnung der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 in Syntheseabsicht angegangen bin, während ich mich in der Mainzer Gründungsgeschichte darum bemüht habe, die erstaunlich komplizierte Vorgeschichte des Mainzer Instituts und deren Ablauf zu rekonstruieren¹. Dabei habe ich seinerzeit auf den Begriff des »Mainzer Paradoxons« zurückgegriffen, der von der Wochenzeitung »Die Zeit« 1953 formuliert worden war. Sie zeigte sich erstaunt darüber, daß hier von einer Siegermacht und einem besiegten Volk ein Institut gegründet worden war, das den alleinigen Zweck hatte, daß sich beide »zwecks wechselseitiger Selbstkritik an einen Tisch setzen«.

¹ Vgl. Winfried SCHULZE, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1989; DERS., Corine DEFANCE, *Die Gründung des Mainzer Instituts für Europäische Geschichte*, Mainz 1992. Für in diesem Text nicht nachgewiesene Zitate und Materialien verweise ich auf diese beiden Veröffentlichungen.

Politische Rahmenbedingungen und wissenschaftlicher Austausch

Diese bemerkenswerte Tatsache ist sicher auch Teil einer Beweisführung, die darauf abzielen muß, die besonderen Bedingungen der Reintegration der deutschen Wissenschaft in den Kreis der europäischen Staaten nach der Niederlage von 1945 herauszustellen. Der sich etablierende »freundschaftliche« Verkehr in diesen Nachkriegsjahren unterschied sich eklatant von jener planvollen Distanzierung Deutschlands, die nach dem Friedensvertrag von Versailles noch lange die Wissenschaftsbeziehungen bestimmt hatte und fast ein Jahrzehnt gedauert hatte². Während damals die deutschen Wissenschaftler auf Jahre hinaus vom Verkehr mit ihren ausländischen Kollegen abgeschnitten waren und sogar eigene Institutionen wie die Union académique ins Leben gerufen wurden, um die deutschen Wissenschaftler auf internationaler Ebene zu isolieren, war es nach 1945 der Gunst der internationalen Lage geschuldet, daß sich die werdende Bundesrepublik zu einem begehrten Partner der westlichen Alliierten entwickeln konnte und die Integration in das westliche Wissenschaftssystem in einem 1945 kaum denkbaren Ausmaß erfolgte. Doch schon vorher war ein neuer Aufbruch zu erkennen, den die Stuttgarter Rede des amerikanischen Außenministers James F. Byrnes vom 6. September 1946 bei den deutschen Historikern ausgelöst hatte. War man vorher unsicher gewesen, ob es überhaupt noch einen deutschen Staat und eine deutsche Geschichte geben würde, so wurde schon nach der Rede eine neue hoffnungsvolle Linie erkennbar. Dies mußte natürlich auch Konsequenzen auf die Bedingungen des wissenschaftlichen Austauschs haben, auch auf dem sensiblen Gebiet der Geschichtswissenschaft.

Insgesamt kann man die Bedeutung dieser politischen Rahmenbedingungen für den Neuaufbau der deutschen Wissenschaft nicht hoch genug einschätzen. Er läßt sich im übrigen auch in der frühen Ermöglichung der Weiterarbeit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft – der späteren Max-Planck-Gesellschaft – feststellen. Auch die Tatsache, daß sich das Kontrollratsgesetz Nr. 25 vom 29. April 1946 zur Kontrolle der deutschen Forschungsaktivitäten und -ressourcen letztlich eher als Regelung zur Forschungsförderung denn zu deren Beschränkung oder Kontrolle auswirkte, bestätigt diese Deutung. Durch das Gesetz war relativ genau festgelegt worden, welche tendenziell kriegswichtigen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in Universitäten, Instituten und Industriebetrieben spezieller Kontrolle unterliegen sollten³. Auch wenn sich aus der

² Vgl. dazu Brigitte SCHROEDER-GUDEHUS, *Deutsche Wissenschaft und internationale Zusammenarbeit 1914–1928. Ein Beitrag zum Studium kultureller Beziehungen in Krisenzeiten*, Genf 1966.

³ Vgl. Jürgen BRAUTMEIER, *Forschungspolitik in Nordrhein-Westfalen 1945–1961*, Düsseldorf 1983, S. 9.

Rückschau ergibt, daß dieses Gesetz angesichts der kriegsorientierten Produktion der letzten Jahre gewisse Chancen für ein Aufholen Deutschlands im Bereich der lange vernachlässigten Grundlagenforschung bot, so mußte es zunächst einmal einen harten Einschnitt gerade auf jenen Feldern der Forschung bedeuten, in denen Deutschland traditionell stark war⁴. Langfristig hatte es jedoch eine positive Wirkung. Aber das ist natürlich ein anderer Bereich der Forschungsförderung, dessen nähere Betrachtung sich zum Zweck des Vergleichs mit der Geschichtswissenschaft vielleicht trotzdem lohnt.

Rückkehr auf die internationale Bühne

Immerhin ergab sich der Zugang zu internationalen Konferenzen sehr schnell: Gerhard Ritter nahm an UNESCO-Tagungen teil, in Speyer fanden 1948/49 die *Rencontres internationales* statt, die für die Vorgeschichte der Mainzer Gründung von besonderer Bedeutung waren⁵. Man darf vermuten, daß die dann nach vielen Diskussionen schließlich ermöglichte Teilnahme einer relativ kleinen Gruppe deutscher Historiker am ersten internationalen historischen Nachkriegskongreß in Paris wesentlich problemloser verlaufen wäre, hätte sich hier nicht die »Erbfeindschaft« zwischen Gerhard Ritter und Raymond Schmittlein, dem Chef der Direction de l'éducation publique der französischen Militärregierung, hinderlich ausgewirkt⁶.

Zwar hatte das CISH nach 1945 darauf verzichtet, Italien und Deutschland aus dem Internationalen Verband auszuschließen⁷, doch verlief die Rückkehr der deutschen Historikerschaft als gleichberechtigtes Mitglied in das CISH nicht ohne Schwierigkeiten. Zunächst war keineswegs klar gewesen, ob deutsche Historiker – trotz des Nichtausschlusses des deutschen Verbands – an dem ersten Nachkriegskongreß 1950 in Paris überhaupt würden teilnehmen können. Auf der ersten Sitzung des CISH in Royaumont im Juni 1947 war beschlossen worden, daß Deutschland zwar Mitglied des Internationalen Historikerverbandes bleiben, über seine tatsächliche Mitarbeit im Verband jedoch erst auf der nächsten Generalversammlung entschieden werden solle⁸.

⁴ So die Argumentation von BRAUTMEIER, Forschungspolitik (wie Anm. 3), S. 25f.

⁵ Vgl. dazu den Beitrag von Corine DEFRANCE in diesem Band, der sich aus naheliegenden Gründen inhaltlich mit meinem Beitrag vielfach berührt.

⁶ Dazu SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 1), S. 164ff.

⁷ So Karl Dietrich ERDMANN, Die Ökumene der Historiker. Geschichte der internationalen Historikerkongresse und des Comité international des sciences historiques, Göttingen 1987, S. 262.

⁸ Vgl. dazu Winfried SCHULZE, Die deutschen Historiker auf dem Internationalen Historikerkongreß in Rom 1955, in: Dieter HEIN, Klaus HILDEBRAND, Andreas SCHULZ (Hg.),

Damit befanden sich die deutschen Historiker in einer unangenehmen Schwebesituation, die ihnen große Sorgen bereitete. In jedem Fall waren es die sich intensivierenden internationalen Kontakte, die schließlich auch zur Neugründung des Verbandes der Historiker Deutschlands (VHD) führten, welche bekanntlich erst erstaunlich spät – nämlich im Jahre 1949 – stattfand, nachdem 1948 ein Gründungsaufwurf verabschiedet worden war. Zum Vorsitzenden des neuen Verbandes wurde der innerhalb der Historikerschaft keineswegs unumstrittene Gerhard Ritter gewählt, der in dieser Zeit in heftige Kontroversen mit Schmittlein verstrickt war⁹. Dieser versuchte in jeder Weise, Ritters sich andeutende Führungsrolle im neuen Verband zu konterkarieren¹⁰. Er hielt Ritter für einen unverbesserlichen Nationalisten und einen »ennemi juré de la France«¹¹. Gleichwohl hatte Ritter aus naheliegenden Gründen ein besonderes Interesse an der unmittelbaren Beteiligung deutscher Historiker am Pariser Kongreß, und er tat wirklich alles, um dafür die politischen Voraussetzungen zu schaffen.

Bei den Verhandlungen des CISH in Royaumont war noch unklar geblieben, unter welchen Bedingungen die deutschen Historiker am Pariser Kongreß teilnehmen sollten¹². Zwar war auf dieser Sitzung auch die Ansicht vertreten worden, daß der deutsche Verband nicht mehr existiere und »daß infolgedessen Deutschland im internationalen Ausschuß nicht mehr vertreten sei«, doch gab es unterschiedliche Auffassungen darüber, wie und unter welchen konkreten Bedingungen oder Auflagen denn der neu gegründete deutsche Verband wieder zuzulassen sei. Während der den Deutschen sehr aufgeschlossene schweizerische Präsident des CISH, Hans Nabholz, die erfolgte Neugründung eines deutschen Verbandes als hinreichend für eine Mitarbeit im Internationalen Komitee betrachtete und auf jeden Fall eine formelle Abstimmung vermeiden wollte, beharrten andere Mitglieder des Komitees auf einem formellen Aufnahmeakt. Es war schließlich der französische Mediävist Robert Fawtier, der eine Kompromißlösung durchsetzte, die darin bestand, daß die deutschen Teilnehmer nur als Einzelpersonen eingeladen werden durften, und zudem sollten es Männer sein, »dont le passé est absolument sans reproche«, wie die damals viel zitierte Formel lautete¹³.

Historie und Leben. Der Historiker als Wissenschaftler und Zeitgenosse. Festschrift für Lothar Gall zum 70. Geburtstag, München 2006, S. 89–102.

⁹ Corine DEFANCE, *La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin, 1945–1955*, Straßburg 1994; DIES., Raymond Schmittlein (1904–1974). Ein Kulturmittler zwischen Deutschland und Frankreich?, in: François BEILECKE, Katja MARMETSCHKE (Hg.), *Der Intellektuelle und der Mandarin. Für Hans Manfred Bock*, Kassel 2005, S. 481–502.

¹⁰ Christoph CORNELISSEN, *Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 2001, S. 388ff.

¹¹ Schmittlein hier zitiert nach CORNELISSEN, Gerhard Ritter (wie Anm. 10), S. 476.

¹² Dazu ausführlicher ERDMANN, *Ökumene der Historiker* (wie Anm. 7), S. 266ff.

¹³ Zit. nach SCHULZE, *Deutsche Geschichtswissenschaft* (wie Anm. 1), S. 179.

Was Ritter selbst betraf, der von seinem Intimfeind Schmittlein allerorten angeschwärzt wurde, so hatte sich Fawtier durch ein Gutachten Pierre Renouvins abgesichert, der zwar bestimmte Äußerungen Ritters aus dem Jahre 1940 als nationalistisch bezeichnete, ihm aber daraus keinen Vorwurf machte. Nur wenige Tage nachdem Ritter von Nabholz die beruhigende Information über die Situation im Komitee erhalten hatte, traf in Freiburg auch ein Brief Robert Fawtiers ein, der die Situation noch einmal komplizierte und Ritter zugleich die ungelösten Probleme seines Verbandes deutlich machen mußte. In einer bemerkenswerten Mischung aus politischer Bestimmtheit und formeller Höflichkeit legte der französische Kollege Ritter in einem Brief die Bedingungen für eine deutsche Teilnahme vor:

La disparition de l'ancien Comité national allemand, les événements des dernières années et les souvenirs qu'ils ont laissés dans les pays occupés par l'Allemagne national-socialiste exigent que pour ce prochain congrès, la représentation des historiens allemands ne se fasse pas par les voies habituelles. Il a donc été décidé aux réunions de Royaumont en 1947 et de Paris en 1948, que l'on inviterait individuellement un certain nombre d'historiens allemands. Mais, en invitant ceux-ci, il ne faut pas oublier qu'il y aura au Congrès des représentants de pays ayant souffert de l'occupation nazie et des historiens ayant personnellement souffert de la brutalité nazie. Je sais que vous-même, mon cher collègue, vous avez pendant ces mauvaises années, eu l'attitude qu'aurait dû avoir tout historien digne de ce nom et je suis sûr que vous comprendrez mes scrupules. Il ne faut pas qu'il y ait d'incidents à ce congrès. Il faut donc que les participants allemands soient choisis parmi les historiens de ce pays, dont le passé est absolument sans reproche.

So kam es, daß nach langen – auch innerfranzösischen – Querelen zwischen Baden-Baden und Paris insgesamt schließlich 15 deutsche Historiker nach Paris eingeladen wurden, von denen aber schließlich nur acht tatsächlich die Reise nach Paris antreten konnten (oder wollten) und gemeinsam im Hotel du Palais-Royal in der Rue de Valois wohnten. Trotz der Unterstützung einiger hilfreicher österreichischer, schweizerischer und schwedischer Kollegen machte die »eisige« Aufnahme dieser Gruppe in Paris die Schwierigkeiten deutlich, die einer vollen Mitwirkung der deutsche Historiker auf internationaler Ebene zu diesem Zeitpunkt noch entgegenstanden. Der neue Verband wurde nämlich doch noch nicht als Mitglied des Weltverbandes betrachtet, und die während des Historikertags in München von den Gründern diskutierte Rechtsauffassung einer weiterhin bestehenden Mitgliedschaft hatte in Paris de facto keine Rolle gespielt. Die deutschen Historiker mußten es sich sogar gefallen lassen, in einem Hörsaal der Sorbonne über die Umstände ihrer Verbandsgründung befragt zu werden, was manchen von ihnen als durchaus »peinliches Verhör« erschien¹⁴.

¹⁴ So beschrieb es Hermann Heimpel in seinen Aufzeichnungen, die er mir schon 1988 zur Verfügung gestellt hatte; vgl. Hermann HEIMPEL, Paris 1950 in der Erinnerung, in: DERS., Aspekte. Alte und Neue Texte, hg. von Sabine KRÜGER, Göttingen 1995, S. 272–279.

In der entscheidenden Sitzung des Büros des internationalen Verbandes am 2. September 1950 ergab sich folgende Konstellation: Eine kleine Gruppe wollte den neuen deutschen Verband sofort in das CISH aufnehmen, drang mit dieser Absicht jedoch nicht gegen die von Robert Fawtier entwickelte Auffassung durch, daß man vorher die Frage prüfen müsse, ob der neue deutsche Verband tatsächlich als repräsentative Vertretung der deutschen Historiker zu betrachten sei. Der norwegische Historiker Halvdan Koht machte zum Beispiel auf die Widerstände in seinem Lande gegen eine Aufnahme deutscher Historiker in das CISH aufmerksam. Fawtier selbst dürfte letztlich von ähnlichen Überlegungen ausgegangen sein, da er selber Opfer deutscher Zwangsmaßnahmen im KZ Mauthausen geworden war. Unterstützt wurden solche Auffassungen durch Briefe, die ihm von deutschen Historikern (u.a. von Alfred von Martin) geschrieben worden waren, in denen der neue deutsche Verband nur als eine um Ritter gescharte »Clique« bezeichnet wurde. Somit wirkten sich die innerdeutschen Querelen auch auf internationaler Ebene aus, so daß der Ertrag des Besuchs in Paris für die kleine Gruppe deutscher Historiker letztlich eher deprimierend war: Sie hatte zwar teilgenommen, aber die Bedingungen des Aufenthalts in der französischen Hauptstadt waren bisweilen erniedrigend gewesen; zudem hatte sie nicht die erwünschte eindeutige Bestätigung der Mitgliedschaft im Weltverband der Historiker erreicht.

Die Rekonstituierung der deutschen Geschichtswissenschaft

Bei einem Blick auf die neueren Arbeiten zur Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 wird schnell deutlich, daß die Forschung in den letzten Jahren zwei wesentliche Interessenlinien bestimmte: Zum einen ist dies die genauere Untersuchung der Frage, wie stark sich die unzweifelhaft gegebenen personellen Kontinuitäten zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik auf die Konstituierung einer neuen bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft ausgewirkt haben, oder anders formuliert: Wie konnte mit diesem belasteten Personal eine Neuorientierung gelingen?

Zum anderen ging man den Ursprüngen sozial- und strukturgeschichtlicher Fragestellungen seit den späten 1950er Jahren nach, als 1957 der Arbeitskreis für moderne deutsche Sozialgeschichte gegründet wurde. Eng damit verbunden war auch die Frage nach den Ursprüngen der sogenannten »modernen deutschen Sozialgeschichte« seit den frühen 1970er Jahren, als mit der Publikation von Hans-Ulrich Wehlers Sammelband »Geschichte und Soziologie« (1972) und der Gründung von »Geschichte und Gesellschaft« (1975) eine neue programmatische Zeitschrift für diesen Bereich ins Leben gerufen wurde. Die-

se Ansätze sind vor allem durch speziellere Arbeiten, meist biographischen Zuschnitts, angegangen worden, ich erinnere nur an die Biographien zu Hans Rothfels, Gerhard Ritter, Hermann Aubin, Werner Conze und anderen, die jetzt schon vorliegen oder sich in Vorbereitung befinden. Demgegenüber wurde die Frage der inhaltlichen Orientierung der ersten Phase der bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft – sieht man einmal von der »Irrweg«-Diskussion ab – eher marginal behandelt, während sich die »Zunft« ab 1960 intensiver mit der inhaltlichen Frage auseinandersetzte, zumal Werner Conze und Hans-Ulrich Wehler aus unterschiedlichen Gründen seit Beginn der 1960er Jahre ein neue Phase der Entwicklung einläuteten.

Da wir mit dem Mainzer Institut für Europäische Geschichte eine ganz besondere Variante der Bemühungen um einen Neubeginn der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 vor Augen haben, muß zumindest kurz auf die allgemeinen Rahmenbedingungen dieser Zeit hingewiesen werden, d.h. der Jahre zwischen der Niederlage 1945 und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im September 1949. Sie waren intellektuell durch eine intensive Suche nach den Gründen für den vermuteten »Irrweg« der deutschen Geschichte geprägt, von dem man damals sprach, und von der häufig erhobenen Forderung nach »Revision des deutschen Geschichtsbildes«. Die Varianten dieser Diskussion sind ebenso hinlänglich bekannt wie deren nur begrenzte zeitliche Dauer. Sie reichen von der in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) vertretenen »Miserekonzeption« (Alexander Abusch) der deutschen Geschichte und vielen, wenig überzeugenden publizistischen Revisionsbemühungen, die besonders in den viel gelesenen und auflagenstarken Kulturzeitschriften dieser Jahre publiziert wurden, bis hin zu den Forderungen einiger westdeutscher Historiker, die vor einer Selbstaufgabe der Nation warnen und insgesamt nach dem Motto handelten: »Retten, was zu retten ist!« Die Marksteine dieser Diskussion wurden vor allen Dingen von den – durchaus unterschiedlichen – Büchern von Friedrich Meinecke und Gerhard Ritter gesetzt, also »Die deutsche Katastrophe« und »Geschichte als Bildungsmacht«, beide 1946 erschienen. Angesichts der relativ raschen Wiedereröffnung der Universitäten, die in erster Linie den Erfordernissen der notwendigen schnellen Ausbildung von Lehrern und Medizинern geschuldet war, konnten auch die Historiker erstaunlich schnell wieder ihre Arbeit aufnehmen, nicht zuletzt, wenn man den Grad ihrer Belastung ermißt und daran denkt, daß zum Beispiel in einigen Bereichen der Schule der Geschichtsunterricht für längere Zeit ausgesetzt wurde.

Nach den überhasteten Reinigungsmaßnahmen der Universitäten, die jedoch insgesamt keine sehr weitgehende Veränderung des lehrenden Personals durchsetzen konnten, arbeiteten die sich noch im Amt befindlichen Historiker im wesentlichen in der gleichen methodischen Richtung weiter, die vor 1933 und zum Teil noch in den frühen 1930er Jahren üblich gewesen waren: Das

war zum einen das Bekenntnis zum Historismus mit seiner Konzentration auf die politische Geschichte als »Muttersprache« der deutschen Historiker (Ludwig Dehio) und zum anderen ein Gefühl der moralischen Selbstbesinnung, beides zusammen hat Ernst Schulin in dem treffenden Wort vom »politisch-moralisch gezähmten Historismus« verbinden können¹⁵.

Gegenüber dieser unbestreitbaren Kontinuität muß freilich deutlich betont werden, daß die Niederlage von 1945 von den Historikern breit angenommen wurde. Es gab keinerlei revisionistische Positionen im Spektrum der Historiker, wenn man einmal von einigen wenigen unbelehrbaren Anhängern des Nationalsozialismus absieht, die freilich ihre Stimme erst später wieder erheben konnten. Aber selbst dann beschränkten sie sich auf Nebenschauplätze – etwa das Problem der »entführten« Archivalien der neuesten deutschen Geschichte oder die Frage, ob denn die Geschichte des Nationalsozialismus nicht nur von NS-Angehörigen geschrieben werden könne. Für diese Gruppe von Historikern wurde der Kreis der Ranke-Gesellschaft ein Ort der Positionsbestimmung und der öffentlichen, freilich begrenzten Wirksamkeit. Insgesamt – so kann man sagen – wurde die Niederlage als definitive und letztlich auch historisch berechtigte Entscheidung hingenommen, wenn natürlich auch viele Einordnungsversuche und kritische Erwägungen dazu angestellt wurden. In der Öffentlichkeit gibt es keine Stimme, die sich direkt dagegen gewandt hätte. Angesichts der Unsicherheit der Zukunft gab es jedoch keine fundamentale Kritik an der damaligen Lage Deutschlands, vielfache Kritik jedoch am Vorgehen der Entnazifizierung.

Konkurrierende Bestrebungen

Es wäre freilich verfehlt, unter den Historikern der Jahre nur eine in die gleiche Richtung denkende Gruppe zu vermuten, die zu einer im wesentlichen parallelen Deutung der Vergangenheit bereit gewesen wäre. Der erste große Historikerstreit der Nachkriegszeit entzündete sich – wenn ich einmal von kleineren Scharmützeln in der Kulturpresse absehe – an einer Differenz zwischen zwei deutlich erkennbaren Gruppierungen. Die eine wohl insgesamt stärkere Gruppe bildete sich um Gerhard Ritter, der – wie erwähnt – 1949 zum Ersten Vorsitzenden des Verbandes der Historiker Deutschlands gewählt worden war. Zusätzlich gestärkt durch den Nimbus des Widerstandskämpfers gegen das »Dritte Reich« bildete Ritter den Kristallisationspunkt der Mehrheitsfraktion der deutschen Historiker – nachdrücklich ablesbar am Ergebnis der

¹⁵ Ernst SCHULIN, Traditionskritik und Restaurationsversuch. Studien zur Entwicklung von Geschichtswissenschaft und historischem Denken, Göttingen 1979, S. 140.

Wahl zum Vorsitzenden des VHD –, der gegen Franz Schnabel deutlich mehr Stimmen gewinnen konnte.

Die Grundüberzeugungen dieses Kreises liefen darauf hinaus, nur eine begrenzte Revisionsbemühung zuzulassen und stattdessen der Geschichtswissenschaft die Aufgabe zuzuweisen, einen Beitrag zur Restabilisierung der deutschen historischen Identität zu leisten. Dabei folgte man in erster Linie den gängigen Interpretationen der neueren deutschen Geschichte, hielt an der Bedeutung Bismarcks als großem Staatsmann fest und war zu einem Abrücken von den methodischen Prinzipien des Historismus nicht bereit.

Die andere Gruppe läßt sich nicht so eindeutig um eine bestimmte Person herum gruppieren, denn trotz seiner Gegenkandidatur war der Münchner Historiker Franz Schnabel nicht der Mittelpunkt dieser Gruppe. Diese süddeutsch-christlich-abendländische Richtung vertrat im Streit um die Person Bismarcks eine gänzlich divergierende Meinung, wie sie vor allem in den Veröffentlichungen und Reden zum 50. Todestag des ehemaligen Reichskanzlers dokumentierte¹⁶. Hier trat besonders Schnabel hervor, der die These von der Notwendigkeit der Bismarck'schen Reichseinigung ablehnte¹⁷. Er nahm jedoch nicht die eindeutige Führungsposition in dieser breiten Gruppierung ein und war auch nicht bereit, sich etwa im Kreis der »christlichen Historiker« oder in der »abendländischen« Richtung zu engagieren, die damals den Versuch unternahmen, eine eigenständige Gruppe zu bilden.

Insgesamt fällt auf, daß die Linien der Auseinandersetzungen in der bundesdeutschen Historikerschaft bis in die Mitte der 1950er Jahre noch dem traditionellen Grundmuster von konfessioneller und föderalistischer Bismarckkritik und -verteidigung folgten, das aus dem späten 19. Jahrhundert überliefert war. Vor diesem Hintergrund mußte es geradezu als Befreiung empfunden werden, daß der Emigrant Hans Rothfels auf dem Münchener Historikertag 1949 einen der Persönlichkeit Bismarcks durchaus wohlgesonnenen Vortrag gehalten hatte, der zudem ganz bewußt an sein Referat auf dem letzten Historikertag vor der »Machtergreifung« des Jahres 1932 anknüpfte, auf dem er über das Thema »Bismarck und der Osten« gesprochen hatte¹⁸. Rothfels hatte in seinem Münchener Vortrag jeden denkbaren Zusammenhang zwischen der Politik des Reichskanzlers und dem Weg in den Nationalsozialismus bestritten. Ja, er hatte Hitler sogar vorgeworfen, genau jene Politik betrieben zu haben, die Bismarck selbst immer vermieden habe. Von einer

¹⁶ Vgl. dazu Lothar GALL, *Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945*, Köln 1971.

¹⁷ Vgl. zu Schnabel Friedrich Hermann SCHUBERT, Franz Schnabel und die Geschichtswissenschaft des 20. Jahrhunderts, in: *Historische Zeitschrift* 205 (1967), S. 323–357 und demnächst den Beitrag von Thomas HERTFELDER in: Hans-Michael KÖRNER (Hg.), *150 Jahre Historisches Seminar der LMU München*, München 2008.

¹⁸ Zur Person von Hans Rothfels: Jan ECKEL, *Hans Rothfels. Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2005.

»Kontinuitätsdiskussion«, wie sie nach der »Fischer-Kontroverse« ausbrach und die ja 1949 nahegelegen hätte, konnte man in München nichts spüren.

In den Pressereaktionen nach dem Historikertag zeigte sich jedoch sehr schnell, daß die katholischen und föderalistischen Historiker sich mit einem solchen Freispruch Bismarcks nicht zufriedengeben wollten. Es war jetzt vor allen Dingen Franz Schnabel, der 1949 in Speyer in die laufende Bismarck-debatte eingriff und sich den Außenpolitiker Bismarck vornahm. Hierbei kam er zu dem Ergebnis, daß die hoch gelobte Reichseinigung durch den Reichskanzler keineswegs die einzig denkbare Form einer politischen Neuordnung Deutschlands gewesen sei, denn er formulierte als sein Ergebnis:

Das Bismarckreich, der in sich geschlossene Nationalkörper unter preußischer Führung, hatte nur eine kurze Vorgeschichte; es war eine ganz unhistorische Konzeption im deutschen Leben. Im Volke wurzelte sie nicht. Alle Möglichkeiten waren noch offen; da trat der Mann dazwischen, der den deutschen Dingen eine Richtung gegeben hat, die wir nach all den Ereignissen als verhängnisvoll bezeichnen müssen¹⁹.

Es mag vielleicht auffallen, daß ich nicht nur das Thema Schnabels, sondern auch den Ort erwähnt habe, an dem er diese Kritik an Bismarck vortrug. Es geschah in Speyer, und damit in der Französischen Besatzungszone während des dritten der sogenannten Internationalen Speyerer Historikertreffen, die schon 1948 begonnen worden waren und sich dann als sogenannte *Rencontres Internationales* durchgesetzt hatten, wie im Beitrag von Corine Defrance ausführlicher nachzulesen ist. Ich verweise nur darauf, daß sich in diesen Gesprächen zwischen den Vertretern verschiedener Nationen offensichtlich ein immer wieder zitierter »Geist von Speyer« (*esprit de Spire*) herausgebildet hatte, an den es anzuknüpfen galt, und es lag nahe, diese Gesprächsatmosphäre für weiterführende Überlegungen zu nutzen.

Die Bedeutung dieser Speyerer Treffen mag man auch daran erkennen, daß Gerhard Ritter 1949 abgelehnt hatte, an dem neuerlichen Treffen jenes Jahres teilzunehmen. Der »Rheinische Merkur« – damals eine Art Zentralorgan christlich-abendländischen Denkens – kritisierte ihn daraufhin scharf als »Störer der internationalen Verständigung« und als geistigen Nachfahren Heinrich von Treitschkes. Der für die kulturellen Fragen zuständige Raymond Schmittlein, von dem wir schon gehört haben und noch mehr hören werden, zitierte ihn deshalb sogar zum Rapport nach Baden-Baden. Ritter galt in der französischen Zone sehr bald als Vertreter preußisch-protestantischer Positionen und wurde auch in der südwestdeutschen Presse wegen seiner vermuteten fehlenden Bereitschaft zur notwendigen Geschichtsrevision immer wieder kritisiert.

Wir müssen also aus diesen Vorgängen durchaus den Eindruck einer tiefreichenden Spaltung der damals aktiven deutschen Historiker annehmen. Dieser

¹⁹ Franz SCHNABEL, Bismarck und die Nationen, in: Europa der Nationalismen. Bericht über das III. Internationale Historikertreffen in Speyer, 17. bis 20. Oktober 1949, Baden-Baden 1950, S. 91–108, hier S. 105.

Konflikt wird durch weitere Auseinandersetzungen noch bestätigt, etwa die Diskussionen um die Gründung und Leitung des Instituts für Zeitgeschichte in München, wo Gerhard Ritter gegen den abendländisch gesinnten CSU-Politiker Gerhard Kroll kämpfte²⁰, einen Mann, der im Parlamentarischen Rat das Grundgesetz abgelehnt hatte, weil es ihm nicht föderalistisch genug war. Die Dinge hatten sich damals immerhin so weit entwickelt, daß Hermann Heimpel, der Ritter in seinen grundsätzlichen Positionen durchaus unterstützte, damals ein »Schisma« der deutschen Historiker nicht ausschließen wollte²¹.

Auf dem Weg zur Mainzer Gründung

Die damaligen Vorwürfe gegen Ritter und seine Gruppe kreisten vor allem um das Schlagwort von der »Verpreußung« der deutschen Geschichte und einer deshalb unbedingt notwendig werdenden »Entpreußung« des deutschen Geschichtsbildes. Dies war vor allen Dingen das Ziel eines relativ kleinen Kreises von Historikern, die sich im »Arbeitskreis christlicher Historiker« und im Herausgeber- und Freundeskreis der Zeitschrift »Neues Abendland«²² gruppierten. In diesen weiteren Kreis sind auch die beiden Historiker einzuordnen, die für die Vorgeschichte der Gründung in Mainz eigentlich unverzichtbar sind. Zum einen ist das der Bonner Mediävist und Universalhistoriker Fritz Kern und zum anderen der katholische Historiker Wilhelm Wühr. Kern, ein renommierter Mediävist, war kurz vor Kriegsende aus Deutschland in die Schweiz geflohen²³. Wühr war seit 1947 der aktive Organisator des erwähnten Arbeitskreises christlicher Historiker und sah den Schwerpunkt seiner Arbeit besonders im südlichen Deutschland, seit 1949 aber auch verstärkt im Westen der Bundesrepublik Bildungsarbeit. Um ihn herum sammelten sich – wenn auch in unterschiedlich aktiver Weise – vorübergehend Männer wie Albert Mirgeler, Ludwig Petry, Oskar Köhler, Theodor Schieffer und Heinrich Büttner, Georg Stadtmüller, Wolfgang Zorn, Max Spindler, Ernst Klebel, Heinz

²⁰ Vgl. zu Ritters Rolle bei der Gründung CORNELISSEN, Gerhard Ritter (wie Anm. 10), S. 534ff.

²¹ Zit. nach SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 1), S. 278.

²² Zum geistigen Umfeld des »Neuen Abendlandes«: Vanessa CONZE, Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970), München 2005.

²³ Zu Kern zunächst Hans HALLMANN, Fritz Kern, in: 150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818–1968, Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Geschichtswissenschaft, Bonn 1968, S. 351–375.

Gollwitzer, Theo Pirker, Hans-Georg Fernis oder Karl Holzamer, um nur einige zu nennen²⁴.

Wo lagen nun die besonderen Interessen dieses Kreises? Im Grunde ging es um die Diskussion des Verhältnisses von Staat und Kirche in der Geschichte, Fragen der Geschichtsdidaktik wurden vor allen Dingen deshalb einbezogen, weil viele Gymnasiallehrer diese Tagungen besuchten. Dadurch ergaben sich auch Verbindungen zu den Speyerer Internationalen Historikertreffen, denn mindestens einmal schloß eines dieser Treffen in Speyer unmittelbar an eine Tagung des Wühr-Kreises an. Im März 1949 wurde Wühr in Speyer sogar mit der Formulierung von Vorschlägen zur Schulbuchrevision beauftragt. Wühr und der in Speyer sehr aktive Fritz Kern diskutierten 1949/50 meist brieflich intensiv die Möglichkeiten und Probleme einer Verbindung ihrer deutsch-französischen Arbeit mit der deutsch-englischen Kooperation um Georg Eckert in Braunschweig, aus der bekanntlich das Internationale Schulbuchinstitut entstanden ist²⁵.

Woher kannten sich die Herren, die zunächst einmal miteinander wenig Gemeinsames hatten, denn Kern war ein renommierter Universitätsprofessor mit eigenem Institut in Bonn, während Wühr sich bislang keinen herausragenden Namen gemacht hatte und in Freising an der Theologisch-Philosophischen Hochschule lehrte. Offensichtlich hatten sie sich im Frühjahr 1949 in Speyer kennengelernt und seit Mai Briefe ausgetauscht, die ihre gemeinsamen Positionen deutlich belegen. Wühr, ein Kenner der französischen Emigration nach Deutschland während der Französischen Revolution, hatte dem Bund Neu-deutschland – einem katholischen Schüler- und Studentenbund der frühen Weimarer Zeit – angehört, während der anthropologisch interessierte Konvertit Kern hauptsächlich an universalgeschichtlichen Problemen interessiert war. Der Briefwechsel der beiden verdichtete sich zu dem Angebot Kerns an Wühr, in dem seit Frühjahr 1949 für ihn möglich erscheinenden Institut in Mainz eine zunächst geplante »geschichtspädagogische Abteilung« zu übernehmen. Das war durchaus konsequent, denn Wühr hatte sich während der Speyerer Gespräche als Spezialist für Lehrplan und Unterrichtsfragen einen Namen gemacht.

Schon damals war in Speyer über die Vorbereitung eines europäischen Geschichtsbuchs gesprochen worden. Und am 29. März 1949 hatte die »Rheinpfalz« berichtet, daß Schmittlein einem solchen Schulbuchprojekt seine Hilfe zugesichert habe. Für Kern war das übrigens keine ganz neue Aktivität, hatte

²⁴ Zum Arbeitskreis christlicher Historiker bislang nur SCHULZE, *Deutsche Geschichtswissenschaft* (wie Anm. 1), S. 266ff.

²⁵ Dazu Ursula A.J. BECHER, Rainer RIEMENSCHNEIDER (Hg.), *Internationale Verständigung. 25 Jahre Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig*, Hannover 2000.

er doch schon in den 1930er Jahren versucht, die internationale Schulbucharbeit zu stärken, wobei er sich bereits um die »Entgiftung« der Lehrpläne bemüht hatte.

Damit wird deutlich, daß am Beginn der Mainzer Ideen für eine Gründung eines Instituts sowohl Wührs Arbeitskreis christlicher Historiker als auch Kerns universalgeschichtliche Ambitionen, aber auch die Idee der Schulbuchrevision stehen, die in Speyer besonders herausgehoben worden war und die von dort ihren Weg nach Mainz fand. Die Zeitgenossen sahen in der Mainzer Gruppierung durchaus eine Gegengründung zum von Ritter geführten Historikerverband, denn allen Beobachtern war die sich anbahnende und bald verstärkte Konfrontation zwischen abendländischen Föderalisten und protestantisch-kleindeutschen Zentralisten durchaus bewußt. Auch Schmittlein verstand das geplante Mainzer Institut als direkte Gegengründung gegen den Historikerverband. Hermann Aubin sprach z.B. vom Institut der »Reichsfeinde«. Demgegenüber beklagte Wühr in einem Brief an Kern das »unglaublich tiefe intellektuelle Niveau« des Münchener Historikertages und kommentierte eigentlich jeden Schritt Gerhard Ritters mit deutlicher Mißbilligung. Ritter seinerseits wiederum beklagte sich bei seinem Kollegen Hermann Heimpel über die »klerikalen Machenschaften, denen es um Diskreditierung aller nicht-klerikalen politischen Historie« gehe. Und natürlich: Hinter all dem steckte »der alt böse Feind« Schmittlein.

Das »Mainzer Paradoxon«

Wenn sich das Mainzer Institut später in der offiziellen Darstellung seiner Gründungsgeschichte immer eher vage auf die Impulse der Internationalen Historikertreffen in Speyer berief, denen es seine Gründung verdanke, so ist dies zwar in einem formellen Sinne durchaus richtig, aber eigentlich werden damit nicht die entscheidenden Anstöße benannt, die dann letztlich zur Gründung des Instituts führten. Bei genauerem Hinsehen ist es tatsächlich die Persönlichkeit von Fritz Kern, der wie erwähnt aktiver Anreger der Speyerer Treffen war und im Mai 1949 an seinen ihm erstaunlich schnell vertrauten Freisinger Kollegen schrieb, daß vor zwei Monaten Beratungen darüber begonnen hätten, »wo in Deutschland man den Fußpunkt, das Büro oder Institut, dafür schaffen könne«. Büro wofür, muß man fragen, und es besteht kein Zweifel daran, daß Kern eine Möglichkeit suchte, endlich eine großzügige Förderung seines Lieblingsprojekts einer »Historia Mundi« realisieren zu können. Das geplante Institut wurde von ihm als eine Art Redaktionsstube für ein solches großes Unternehmen angesehen, das die Möglichkeiten eines emeri-

tierten Hochschullehrers natürlich weit übersteigen mußte. Seinem Schweizer Verleger Francke schrieb Kern in der gleichen Zeit, daß mit dem französischen Außenministerium über die »Einrichtung eines Instituts für die Redaktion von ›Historia Mundi‹« verhandelt worden sei. Über Kerns Ambitionen kann also kein Zweifel bestehen.

Für Kern war die universalhistorische Arbeit keineswegs etwas Neues, denn er hatte schon nach seiner Berufung nach Bonn dort ein »Institut für Universalgeschichte« aufgebaut. Jetzt betonte er, daß »das Institut für europäische Geschichte der übernationalen und überkonfessionellen Zusammenarbeit von Historikern im Sinne des werdenden Europas dienen« solle, denn er war überzeugt davon, »daß der Gedanke an Europa sich durchsetzt, weil es einfach nicht anders geht«.

Die Idee der »Historia Mundi« verfolgte Kern schon mindestens seit dem Vorjahr, wahrscheinlich aber schon länger, denn 1948 hatte er, der seit Kriegsende in der Nähe von Fribourg/Schweiz lebte, mit dem Berner Verlag Francke einen Vertrag über die Herausgabe einer universalhistorisch konzipierten Weltgeschichte abgeschlossen. Für Kern mußte es in dieser Situation die ersehnte Rettung seines Lieblingsprojekts bedeuten, daß er während der Speyerer Treffen die Bekanntschaft Schmittleins machte und dieser von ihm Vorschläge für die »Entgiftung« von Schulgeschichtsbüchern erbat, wie sie während des Treffens vereinbart worden waren. Wir wissen, daß Schmittlein ständig auf der Suche nach intellektuellen Kapazitäten für seine Vorstellungen von der notwendigen »Umerziehung des deutschen Volkes« war²⁶. Kern konnte nur deshalb zum geschätzten Partner Schmittleins werden, weil sich die Interessenkreise beider Herren zumindest partiell überschneiden.

Daß Kern für solche Planungen eines Institutes in Mainz ein besonders geeigneter Mann war, daran kann eigentlich kein Zweifel bestehen. Er war ein renommierter Mediävist und dazu ein universalhistorisch interessierter Historiker, er hatte zudem in deutlicher Distanz zum Nationalsozialismus gestanden und Verbindungen zu Kreisen des Widerstandes gegen Hitler besessen, insbesondere zur Berliner Mittwochsgesellschaft und Johannes Popitz. Nicht zuletzt war er Doktorvater von Walter Markov, der 1936 als Kommunist verhaftet und zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Er unterstützte seinen Schüler während dessen Zuchthaushaft in Siegburg bei Köln nicht nur durch verschiedene Arbeitsaufträge, sondern auch durch das Hereinschmuggeln einer Pistole. Angesichts dieses Engagements erschien es Kern jedenfalls sinnvoll, kurz vor Kriegsende Deutschland zu verlassen und sich in die sichere Schweiz abzusetzen.

²⁶ Raymond SCHMITTEIN, Die Umerziehung des deutschen Volkes, in: Jérôme VAILLANT (Hg.), Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949. Berichte und Dokumente. Konstanz 1984, S. 161–185.

Wenn wir uns jetzt der Mainzer Gründung etwas stärker nähern, kann das erwähnte Bismarckproblem durchaus ein günstiger Einstieg sein. In Mainz, so kann man sagen, fanden die Umerziehungsideen von Schmittlein mit Kerns Überlegungen zur universalhistorischen Erneuerung der deutschen Geschichte zusammen, wie er seinem Partner Wühr mitteilte:

Es wird das erste Zentrum in Deutschland sein, das jemals für das Studium der Universalgeschichte existiert hat, und sein Ziel soll sein, mit wissenschaftlichen Mitteln dazu beizutragen, eine solide Brücke über den Abgrund der nationalen und nationalistischen Vorurteile zu bauen und eine echte europäische Gemeinschaft zu schaffen, die in vollem Sinne dieses Namens würdig ist.

Für Kern war es – so kann man sagen – der Triumph seines wissenschaftlichen Lebens. Und im ersten Briefkopf des neuen Institutes spiegelte sich dieser Erfolg wieder. Es hieß dort:

*Institut für europäische Geschichte.
Universalgeschichtliche Synthese: Prof. Dr. Fritz Kern,
Redaktion von Historia Mundi*

Es ist also die an die Person Fritz Kerns gebundene Vorgeschichte, die die eigenartige Konstruktion eines Instituts für europäische Geschichte erklärt, das eine Unterabteilung für Universalgeschichte und eine andere Unterabteilung für Abendländische Religionsgeschichte haben sollte, sich aber der eigentlichen europäischen Geschichte i.e.S. nicht zuwenden sollte. Die Zweite Abteilung entsprach insofern sicherlich auch Kerns seit den Kriegsjahren gewachsenem Interesse für die Frömmigkeitsgeschichte des Mittelalters, doch müssen bei der Frage nach den Gründen für die Einrichtung dieser Abteilung auch Überlegungen berücksichtigt werden, die auf die Belastungen der Person von Joseph Lortz zielen, den Kern ebenfalls in Speyer kennengelernt hatte. Speyer erweist sich auch hier als ein wichtiges Verbindungsglied in der Vorgeschichte von Mainz. Zudem wird deutlich, daß die Bereitschaft zur Neuorientierung von der französischen Besatzungsmacht offensichtlich höher bewertet wurde als die Belastungen aus der Zeit des Nationalsozialismus.

Nachdem es nämlich die Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Mainz Mitte Dezember 1949 abgelehnt hatte, Lortz als Mitglied aufzunehmen, gelang es, ihn in der Philosophischen Fakultät auf einen ad-personam-Lehrstuhl für Abendländische Religionsgeschichte zu berufen²⁷. Parallel dazu verliefen die Verhandlungen mit der Universität, der Landesregierung und Schmittlein, um die Satzung des Instituts zu formulieren und seine Finanzierung zu sichern. Natürlich dauerte es wiederum eine längere Zeit, denn durch die Gründung der Bundesrepublik und die damit veränderte Position der fran-

²⁷ Vgl. dazu Gabriele LAUTENSCHLÄGER, Joseph Lortz 1887–1975. Weg, Umwelt und Werk eines katholischen Kirchenhistorikers, Würzburg 1987.

zösischen Militärregierung ergaben sich jetzt neue Schwierigkeiten, die eben längere Verhandlungen erforderten.

Immerhin kam es nach einer inoffiziellen Vorlaufphase seit November 1949 und einer als intern bezeichneten Eröffnung am 13. November 1950 dann zur offiziellen Gründung mit dem Inkrafttreten der Satzung am 19. April 1951. Die Hauptpersonen, die wir bislang als Anreger des Instituts kennengelernt haben, erlebten dessen Gründung nicht mehr, denn innerhalb von zwei Monaten – im Mai und im Juni 1950 – starben sowohl Kern als auch Wühr. Damit ergab sich nicht nur eine Abwendung von der universalhistorischen Ausrichtung und der Schulbucharbeit, denn unter dem neuen Direktor der Abteilung für Abendländische Kulturgeschichte, Martin Göhring, setzte die Ausrichtung auf die französische Geschichte des Ancien Régime und der Revolution ein²⁸.

So ist der Einblick in die Gründungsgeschichte des Mainzer Instituts zugleich ein Blick in das spannungsreiche Gegeneinander der beiden Hauptfraktionen der frühen bundesrepublikanischen Historikerschaft, die sich damals in der Entscheidung über ihren Weg »nach Westen« noch höchst unsicher waren, ihn jedenfalls auf verschiedene Weise zu gehen versuchten. Die geringen Erfolgsaussichten, die die abendländische Richtung tatsächlich hatte, wurden in dem frühen Tod Kerns und Wührs geradezu symbolisiert. Sie erklären sich durch den objektiven Gegensatz zwischen den liberalen und demokratischen Prinzipien der Französischen Revolution und den abendländischen Ideen, aber auch durch das neue breite Spektrum der CDU, die katholische und protestantische Christen zusammenführte, so daß für eine katholisch-abendländische Richtung kaum mehr Raum blieb. Der »lange Weg nach Westen« konnte nur auf andere Weise gegangen werden.

²⁸ Vgl. dazu jetzt Corine DEFRANCE, Fritz Kerns Nachfolge im Institut für Europäische Geschichte und die Wahl von Martin Göhring. Personalpolitik innerhalb der Historikergunft 1950/51, in: Heinz DUCHHARDT (Hg.), Martin Göhring (1903–1968). Stationen eines Historikerlebens, Mainz 2005, S. 11–22; Claus SCHARF, Martin Göhrings Emanzipationen von den Gründungsvätern des Mainzer Instituts, in: *ibid.* S. 23–48.